

Kohle für das Erdgas-Terminal

Stade macht Dampf: Antrag auf Fördermittel eingereicht – US-Botschafter Grenell mit im Boot

Von Wolfgang Stephan

BERLIN. Plötzlich geht es ganz schnell: Gestern wurde in Berlin der Antrag für die Fördermittel zum Bau eines Flüssiggas-Terminals (LNG-Liquid Natural Gas) in Stade gestellt. Wenn die Bundesregierung die ersten Gelder bewilligt, könnte schon 2020 eine kleine LNG-Bunkerstation zur Versorgung der deutschen Seehäfen entstehen. Im Rennen um die 500-Millionen-Euro-Investition des Terminals liegt Stade jetzt offenbar vorne.

Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade sind die Standort-Konkurrenten um die neue Technik, die Deutschland unabhängiger von Erdgasimporten machen soll. Derzeit kommen 90 Prozent der Erdgasmengen aus dem Ausland, vorwiegend aus Russland. Diese Abhängigkeit passt der US-Regierung nicht, so dass die USA großes Interesse haben, verflüssigtes Erdgas per Schiffstransport nach Deutschland zu liefern. US-Botschafter Richard A. Grenell ist einer der Verfechter des Standortes Stade. Dass er gestern bei der Antragsübergabe dabei war, wurde auf der politischen Bühne als außergewöhnlich eingeordnet. „Dies ist ein spannender Augenblick und ein weiterer Schritt hin zum ersten Flüssiggas-Terminal in Deutschland“, sagte der Botschafter, der deutlich machte: „Die Vereinigten Staaten wollen

mehr Flüssiggas nach Deutschland und Europa liefern.“

Den Staatssekretären Thomas Bareiß (Wirtschaft) und Enak Ferlemann (Verkehr) hat LNG-Stadegeschäftsführer Manfred Schubert offiziell den Antrag auf Fördermittel (ohne einen konkreten Betrag zu nennen) für den Bau am Seehafen in Stade-Bützfleth übergeben. Das Terminal in Stade soll stufenweise ausgebaut werden und final bis zu 15 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs in Stade umschlagen. Beide Staatssekretäre zeigten sich freudig gestimmt. „Das war heute eine beeindruckende Antragseinreichung. Für gewöhnlich erleben derartige Projekte solche Aufmerksamkeit erst dann, wenn die Fördermittel bereits bewilligt sind“, wunderte sich Thomas Bareiß über die Medienresonanz und die Anwesenheit des US-Botschaf-

ters. Enak Ferlemann der auch als CDU-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Cuxhaven-Stade regionale Interessen hat, sagte: „Ich begrüße sehr, dass wir mit dem LNG-Stade einen außerordentlich geeigneten Kandidaten im Rennen haben, um das Großprojekt in Deutschland zu stemmen.“

In der ersten Ausbaustufe könnte bereits bis zum Jahr 2020 eine LNG-Bunkerstation zur Versorgung der deutschen Seehäfen und LNG-Tankstellen entstehen, was wichtig für die Schifffahrt ist. Ab 2020 besteht die gesetzliche Forderung, in europäischen Gewässern schwefelarmen Treibstoff für den Schiffsverkehr einzusetzen.

Bisher galt Brunsbüttel als großer Konkurrent, doch weil die Schleswig-Holsteiner eine Pipeline für den Anschluss ans Energienetz unter der Elbe realisieren müssen, ist Stade eindeutig im Zeit- und Kostenvorteil, zumal die Bauernverbände bereits Widerstand gegen den Bau dieser Pipeline angekündigt haben. Wilhelmshaven ist allerdings auch noch im Gespräch, die Landesregierung in Hannover hat sich bisher noch nicht eindeutig für einen Standort ausgesprochen. Umweltminister Olaf Lies

(SPD) favorisiert seinen Wahlkreis Wilhelmshaven, Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) sieht wegen des Planungsstandes derzeit Stade im Vorteil. „Stade ist eindeutig weiter“, sagte Althusmann gestern dem TAGEBLATT. Offiziell heißt es in Hannover: „Die Landesregierung wirbt für zwei niedersächsische Standorte.“

Dass nicht beide gebaut werden, ist allerdings absehbar. „Am Ende wird entscheidend sein, welcher Standort die meisten Kostenvorteile bringt und wo sich das Projekt am schnellsten realisieren lässt. In diesen Punkten hat LNG-Stade heute eine sehr gute Visitenkarte hinterlassen“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann gestern in Berlin.

EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker hat den Amerikanern die Abnahme von Flüssiggas bereits zugesagt. Außerdem hat sich die Kanzlerin für den Bau eines Terminals in Deutschland ausgesprochen. Die Entscheidung, wo und wann das LNG-Terminal entsteht, wird letztlich von Investoren getroffen, wobei die Vergabe der Fördermittel aus Berlin und Brüssel eine der wichtigen Weichenstellungen sein wird.